

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

30.9.1921 (No. 228)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung

Verantwortlich: Hauptredakteur C. M. E. u. d.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.00 M.

Amtlicher Teil

Eine „Richtigstellung“ in der Süddeutschen Zeitung.

Nach einer Notiz in Nr. 228 der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29. September 1921 soll Staatspräsident Ebert im Landtag anlässlich der politischen Debatte über die Interpellation der deutschnationalen Fraktion erklärt haben, der Vertreter der „Süddeutschen Zeitung“ habe bei den Verhandlungen vor dem Reichsverwehrschieß in Berlin zugegeben, daß das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ gerechtfertigt gewesen sei.

Das Explosionsunglück in Oppau.

Die badische Regierung hat unterm 28. September einen Aufruf zur Hilfeleistung für Oppau erlassen. Im Anschluß daran ist zugleich die erforderliche Organisation zur Ermittlung und Behebung der auf badischem Boden entstandenen Schäden geschaffen worden.

Errichtung des Finanzamts Mannheim.

Nach Mitteilung des Präsidenten des Landesfinanzamts wird am 1. Oktober 1921 der Steuerkommissar für Mannheim in aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt wird dadurch als Finanzamt im Sinne des § 9 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet.

Ausgleich von Härten bei Anwendung des Reichsnotopfer-Gesetzes.

Nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer ist am Vermögen von Abgabepflichtigen, die ein steuerbares Vermögen von nicht mehr als 150 000 M. besitzen und keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben:

über das Reichsnotopfer gegeben sind, der Abzug des § 15 Nr. 8 des Gesetzes ausgeschlossen, weil das steuerbare Vermögen mehr als 150 000 M. beträgt, so ist der Mehrbetrag der Abgabe, der sich durch die Überschreitung der Grenze von einhundertfünfzigtausend Mark ergibt, nur insoweit zu entrichten, als er aus der Hälfte des 150 000 M. übersteigenden Teils des steuerbaren Vermögens bestritten werden kann.

Table with 2 columns: Steuerpflichtiges Vermögen, Steuerbetrag. Includes rows for a married taxpayer with 160,000 M. and a taxpayer with 10,000 M.

besstritten werden kann, so daß im ganzen anstatt 18 500 M. nur zu entrichten sind 12 500 + 5 000 = 17 500 M.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Am 24. September 1921 fand im Gebäude der Eisenbahn-Generaldirektion die 72. Sitzung des Badischen Eisenbahnrates mit folgender Tagesordnung statt: 1. Erhöhung der Personenfahrttarife, 2. des Gepäcktarfs, 3. des Gepreßguttarifs, 4. der Gütertarsife.

Der Badische Eisenbahnrat ist mangels ausreichender Unterlagen, die ihm eine eingehende Nachprüfung des Haushaltsplanes ermöglichen, sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit der Beschaffung der angeforderten Summen als auch bezüglich der Sicherheit, daß dieselben den erstrebten Zweck wirklich erreichen, angesichts der Gefahr, daß die badische geographisch so ungünstig gelegene Wirtschaft bei weiterer tariflicher Belastung großenteils zum Erliegen kommt, angesichts der Tatsache, daß seine frühere Entscheidung eine so ungenügende Berücksichtigung gefunden hat, außerstande, der geforderten 30prozentigen Erhöhung zuzustimmen.

Sollte gleichwohl der Herr Reichsverkehrsminister zur Durchführung der vorgeschlagenen Tarifierhöhung schreiten, so beantragt der badische Eisenbahnrat Berücksichtigung folgender Wünsche:

- 1. Zeitgehende Staffellung der Gütertarsife unter besonderer Berücksichtigung der geographisch ungünstig gelegenen Länder; 2. Abstufungen der Personentarif-Erhöhungen nach der Leistungsfähigkeit der Fahrgäste; 3. Einführung beschleunigter Personenzüge und zuschlagfreier Sitzzüge mit allen Wagenklassen;

4. Berücksichtigung seiner Entscheidung vom 22. März hinsichtlich rechtzeitiger Bekanntgabe aller geplanten Veränderungen unter Mitteilung aller Einzelheiten und ausreichender Unterlagen.

Die Erhöhung des Personenfahrtgeldes soll 30 v. H. betragen und am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Der bisherige Fahrpreis wird unter später Berechnung um 30 v. H. heraufgesetzt werden.

Die Schnellzugzuschläge werden künftig betragen für 1-75 km 10 M. in 1/2 M.; 5 M. in 3 M.

Bei den Zeitarten sollen die vom 1. September ab geltenden Sätze des Notstandstarifs um 30 v. H. erhöht werden.

Beim Gepäcktarif sollen die Frachtsätze nicht mehr wie bisher nach der mittleren, sondern nach der höchsten Entfernung (Endentfernung) jeder Zone zum bisherigen Einheitsfahre von 2,4 Pfg. für 10 Kilo und 1 Kilometer gebildet werden.

Der Gepreßguttarif solle von 3,8 Pfg. auf 4,8 Pfg. für 10 Kilo und 1 Kilometer erhöht werden.

Unter Aufrechterhaltung der grundsätzlich ablehnenden Stellung des Eisenbahnrates gemäß obenstehender Entscheidung wurde für den Fall einer Tarifierhöhung bei der Einzelberatung vorgebracht, der Verkehr auf Wochenarten solle von einer Erhöhung freigelassen, der allgemeine Verkehr aber je nach der Klasse abgestuft werden, so daß die 4. Klasse mit etwa 10 v. H., die 3. Klasse mit etwa 25 v. H. und die 1. und 2. Klasse mit etwa 40-50 v. H. herangezogen werde.

Zu der Durchführung der Tarifierhöhung im Güter- und Tierverkehr bemerkte die Eisenbahn-Generaldirektion, daß wegen der gebotenen Beschleunigung nur die Form des gleichmäßigen Zuschlags von 30 v. H. auf alle Entfernungen, Tarifklassen und Ausnahmetarife gewählt werden könne; die Erhöhung solle am 1. November d. J. in Kraft treten.

Von Seiten des Eisenbahnrates wurde die in der obigen Entscheidung gewünschte Staffellung der Gütertarsife mit der Gefahr einer Abwanderung von Betrieben in geographisch günstiger gelegene Orte begründet. Für Baden lägen die Verhältnisse infolgedessen besonders ungünstig, als Baden Grenzland sei mit weiten Entfernungen zu den Verkehrsmitelpunkten des Reiches; durch die Abtrennung von Elsass-Lothringen habe Baden ein wichtiges Absatzgebiet verloren.

Im einzelnen wünschten Vertreter der Landwirtschaft und der Schwarzwalder Uhrenindustrie besondere Begünstigungen für ihre Rohstoffe und Erzeugnisse und Ermäßigungen für die Ausfuhr. Eisenbahnsseitig wurde auf die allgemeine Zulage verwiesen, daß nachgeprüft werden solle, inwieweit Tarifierleichterungen zur Vermeidung besonderer Härten in Aussicht zu nehmen seien.

Politische Neuigkeiten.

Die Aufhebung der Sanktionen.

Der Oberste Rat der Alliierten hat durch den französischen Ministerpräsidenten dem deutschen Volskapher Dr. Mayer eine Note folgenden Inhalts überreicht:

Herr Volskapher! Die alliierten Regierungen haben Kenntnis genommen von der Erklärung, durch die die deutsche Regierung die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August 1921 aufgestellten Bedingungen ausdrücklich angenommen hat. Sie haben die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch den Obersten Rat am 7. März verhängt worden sind zum 30. September 1921 beschlossen.

gi bitten, Vorstehendes zur Kenntnis der Regierung zu bringen. (gez. Briand.)

Von zuständiger amtlicher Stelle wird dazu folgende Erklärung abgegeben: Es ist bekannt, daß wir die Rechtmäßigkeit der Sanktionen niemals anerkannt haben. Wir haben nach Annahme und teilweiser Erfüllung des Londoner Ultimatus auf eine bedingungslose Aufhebung der Sanktionen gerechnet. Die alliierten Regierungen haben nunmehr doch noch eine Bedingung an die Aufhebung geknüpft, nämlich ein Überwachungsorgan wegen Diskriminationen zur Ermittlung der Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet. Wir haben diesem Überwachungsorgan zugestimmt. Nähere Einzelheiten werden demnächst bekanntgegeben.

Über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird aus Koblenz gemeldet: Die interalliierte Rheinlandskommission hat die in Verfolg der Londoner Beschlüsse erlassenen Verordnungen im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 30. September, abends 12 Uhr, unter Vorbehalt aufgehoben, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Unberührt bleibt die Gültigkeit der in auf Grund der aufgehobenen Verordnungen getätigten Akten erworbenen Rechte und übernommenen Verbindlichkeiten. Die verhängten Strafen, die von den alliierten Stellen im besetzten Gebiet erteilt sind, und Ausfuhrerwilligungen bleiben gültig und ebenso die von ihnen aufgestellte Freiliste für die Dauer von drei Monaten. Ferner bleibt die Freiheit des Verkehrs mit Postpaketen bis zu 5 Kilogramm über die Westgrenze des besetzten Gebietes für einen Monat bestehen. Für die Abrechnung der für den Reparationsauschuß von der Rheinlandskommission und ihren Organen vereinnahmten Zölleinkünfte bleiben die zuständigen deutschen Behörden der Rheinlandskommission unterstellt. Die bei der Durchführung der Sanktionen der deutschen Verwaltung entstandenen Kosten fallen dem deutschen Reich zu Last. Die Suspension der deutschen Gesetze und Verordnungen wird aufgehoben. Bis zum Inkrafttreten des interalliierten Zollauschusses setzt das Emser Ein- und Ausfuhramt seine Tätigkeit fort soweit es sich um den Warenverkehr über die Auslandsgrenzen des besetzten Gebietes handelt.

Verbreiterung der Regierungskoalition.

Die Beratungen über die Umbildung des Reichskabinetts im Sinne einer Verbreiterung der Regierungskoalition haben unter Teilnahme von Vertretern der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei gestern beim Reichskanzler begonnen. Auch der Reichspräsident und der preussische Ministerpräsident sowie der Reichstagspräsident Loeb waren erschienen.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Gestern berichtete in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages in Anwesenheit des Reichskanzlers Minister Dr. Rosen über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und über den deutsch-amerikanischen Vertrag. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der auswärtige Ausschuß auf Anregung seines Vorsitzenden, Dr. Stresemann, bei vier Stimmenhaltungen, dem Reichstag die Zustimmung zu dem Gesetz betreffend den am 25. August 1921 vereinbarten deutsch-amerikanischen Vertrag über die Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu empfehlen.

Vom Völkerbund.

In der vorgestrigen Sitzung gelangte die Völkerbundversammlung in dem bolivianisch-argentinischen Streitfall, zu einem Abschluß. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Parteien auf dem Wege direkter Verhandlungen sich einigen würden, da die Gegenstände in Südamerika nicht so groß seien wie in Europa. Darauf trat die Versammlung in die Debatte über den Bericht der Finanz- und Wirtschaftskommission. Ador-Schweiz besprach als Berichterstatter eingehend die zerrütteten finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Währungsprobleme. Dieses Problem könne nicht gelöst werden, solange immer noch Papiergeld von den Baluafstaaten auf der Markt geworfen werde. Die Kreditaktion für Österreich be-

finde sich auf dem Wege zu einem Abschluß. Ferraris-Italien bedauert, daß die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz außer acht gelassen wurden und wünscht, daß Artikel 23 des Paktes, der die Förderung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen verlangt, ernstlich beachtet werden müsse. Balfour-England und Hanoteau-Frankreich begrüßten die Kreditaktion für Österreich, wofür Graf Mensdorf dankte und betonte, daß die Ausführungen Balfours und Hanoteaus das etwas ins Wanken geratene Vertrauen des österreichischen Volkes wieder herstellen würde. Darauf nahm die Versammlung einstimmig die von der Kommission eingebrachte Resolution an, wonach es nicht als notwendig erachtet wird, eine ständige internationale Finanzkommission einzuberufen, solange die Finanzkommission des Völkerbundes ihre Arbeit nicht beendet habe. Zum Schluß erstattete Kurat den Bericht über den Antrag der fünften Kommission zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels, worauf die Sitzung auf Donnerstag vertagt wurde.

Als Vertreter der ober-schlesischen Industrie sind vom Völkerbundrat der Berichterstatter nach Genf berufen worden: Von deutscher Seite Bergart Dr. Geisenheimer, Geschäftsführer des ober-schlesischen Berg- und hüttenmännischen Vereins und Generalsekretär Karger vom Bezirksrat der freien Gewerkschaften; von polnischer Seite Herr Kobianowski, der früher für den Berg- und hüttenmännischen Verein tätig war und Generalsekretär Kott, der an der Spitze der polnischen Berufsvereinigung steht.

Eine selbständige Republik Westungarn.

Die „Böfische Zeitung“ meldet aus Budapest, daß am Mittwoch die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates, der unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Stephan Friedrich steht, vollzogen worden ist. Der Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, der zufolge er das Imperium übernimmt und das Land als selbständige Regierung verwalte. In einer Rede in der Budapester Landesfrauenliga erklärte Friedrich, wer es wage, Westungarn zu betreten, werde einfach erschossen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Eine große Rede des Reichskanzlers. Reichskanzler Dr. Brüning wird, nach einer Meldung der T. L. N., heute im Reichstage das Wort zu einer großen Rede ergreifen. Er wird zuerst auf die Anträge der Deutschnationalen und der Unabhängigen antworten und im Anschluß daran auf die bayerische Frage und auf die gesamte innen- und außenpolitische Lage eingehen. Nach dem Kanzler wird voraussichtlich als erster Redner ein Vertreter der Wehrheitssozialdemokratie sprechen.

* Der Berliner Handwerkskammerpräsident Rabardt ist unter der Beschuldigung wegen Unterschleifen von 1.000.000 Mark, die er gemeinsam mit seinem Sohn als Vorsitzender der Hauptstelle für Einkauf gemeinsamer Handwerkerlieferungen begangen haben soll, verhaftet worden.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Dem Landtag ist ein fünfter Nachtragsetat zugegangen, der 40.000 M. einmaligen Zuschuß an die Krankenkasse des Reichs-, Staats- und Gemeindefreien fordert. 176.000 M. für Löffingen, eine Million Mark als Hilfsaktion des badischen Staates für Oppau, 500.000 M. Staatsbeihilfe für Jagelschäden. Verlangt werden weiter 17.992 M. als Beitrag zu den Kosten der Erbschaftsteuer, 4.876.200 M. für die Gewährung von Feuerungszulagen an die Geistlichen aller Bekenntnisse.

DZ. Der Haushaltsauschuß beschäftigte sich am vergangenen Dienstag mit der Besteuerung der Landwirtschaft. Ein Antrag des Zentrums, die badische Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei Übergabe

der ertelichen Betriebe an Kinder nicht der momentane Verkaufswert, sondern ein Wert zur Steuer angelegt wird, bei dem der Weiterbetrieb möglich ist, und daß insbesondere bei ungeteiltem Güterübergang an ein Kind der Vorteil, welcher in dem kindlichen Anschlag des Gutes liegt, von der Erbschaftsteuer frei bleibt, wurde mit den sozialdemokratischen und demokratischen Stimmen gegen die des Zentrums abgelehnt. Ebenso wurde abgelehnt ein demokratischer (Zentrums-) Antrag, daß bei der Veranlagung zur Schenkungsteuer auf die gesetzlichen Erleichterungen hingewiesen werden soll.

Aufgaben und Zusammensetzung der Versorgungsbehörden.

P. A. Den Hauptversorgungsämtern und Versorgungsämtern liegt die Durchführung der Versorgung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und der älteren Versorgungsregeln im Verwaltungsverfahren ob. Die Hauptversorgungsämter und die noch bestehenden Marineversorgungsämter Kiel und Wilhelmshaven sind dem Reichsarbeitsministerium unmittelbar, die Versorgungsämter den betreffenden Hauptversorgungsämtern unterstellt.

Hauptversorgungsämter befinden sich in folgenden Orten: Berlin, Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Liegnitz, Breslau, Münster, Coblenz, Altona, Hannover, Cassel, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Dessau, Danzig, Frankfurt a. M., Leipzig, Altenstein, Saarbrücken, München, Würzburg und Nürnberg.

Zum Bereiche des Hauptversorgungsamts Karlsruhe gehören die Versorgungsämter: Bruchsal, Donaueschingen, Freiburg, Geiselsberg, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Rastatt, Müllheim, Offenburg, Forstheim, Rastatt, Stodach, Versorgungsabteilung Naboltszell (ehem. Jülich).

Die Hauptversorgungsämter sind z. Bt. noch zuständig für die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Kapitalabfindung, für die Umanerkennung der Bezüge der Kriegseingesetzten, sowie für die Umanerkennung der Hinterbliebenenbezüge nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 für die erstmalige Feststellung von Hinterbliebenenbeziehungen, die sich auf einen vor dem 1. April 1920 eingetretenen Todesfall stützen und die Versorgungs- und Refursangelegenheiten. Für die Bearbeitung und Entscheidung aller übrigen Versorgungsangelegenheiten sind die Versorgungsämter zuständig.

Zur Beschleunigung der Umanerkennung der Versorgungsbezüge der Beschädigten ist vom Reichsarbeitsministerium unterm 5. August 1921 angeordnet worden, daß diese Arbeiten allmählich spätestens aber bis zum 1. Januar 1922 auf die Versorgungsämter übertragen sind.

Verfügung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und der früheren Gesetze wird nur auf Antrag gewährt. Für die Umanerkennung, die von Amts wegen erfolgt, bedarf es eines Antrages nicht. Die Anträge sind schriftlich zu stellen oder mündlich zu Protokoll bei dem örtlichen zuständigen Versorgungsamt zu geben, auch wenn für die Entscheidung das Hauptversorgungsamt zuständig ist.

Vom 1. September 1921 ab wird die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung um der zahlbaren Militärpensionen und Versorgungsbezüge von den Versorgungsbehörden übernommen. Die Anweisung erfolgt dann bei den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und nach dem Altrentengesetz vom 18. Juli 1921 Bewilligten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gehältern durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gehältern bei den zahlenden Kasernen tritt hierdurch keine Änderung ein. Über die neuen Anordnungen der bisherigen Pensionsregelungsbehörden gibt die Versorgungsbehörde, amtliche Hauptfürsorgestelle oder Fürsorgestelle Auskunft.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

In den letzten Tagen fand in Stuttgart eine Funktionärskonferenz der Christlichen Gewerkschaften Südwestdeutschlands

Musikfest der Herbstwoche.

„Die tote Stadt.“

Vom Komponisten selbst dirigiert, ging gestern bei vollbesetztem Haus die zum erstenmal im Frühherbst dieses Jahres am Landestheater gegebene Oper „Die tote Stadt“ von Erich Wolfgang Korngold in Szene. Der starke Eindruck, den das Werk bei seiner Erstaufführung hinterließ und der auch bei der ersten Wiederholung angehalten hatte, wurde durch die gestrige Wiedergabe noch vertieft. Zwar fallen gewisse psychologische und technische Schwächen des Textbuches, so feststehende und an Stimmungsreizen reichen Textbuches, vor allem die ermüdenden Längen des dritten Aktes, mit jeder neuen Aufführung eindrucklicher ins Bewußtsein. Auf der andern Seite kommen aber auch die hervorragenden musikalischen Eigenschaften um so stärker zur Geltung, dank denen das Werk zu den besten musikalischen Schöpfungen der letzten Jahre gerechnet werden darf: die aus dem Vollen fließende Melodik, die interessante, wenn auch zuweilen stark gepfefferte Harmonik, die straffe und dennoch federnde Rhythmik und die bei aller Sorgfalt der Konstruktion doch unverkennbare Unmittelbarkeit des Empfindens, das sich in dieser Klangwelt manifestiert.

Korngold verleiht auch am Kapellmeisterpost nicht den geborenen Musikdramatiker. Sein Dirigieren ist intensivstes Mitleben, fast ein Neuschaffen zu nennen. Im Orchester erweckt er überraschende Klangkombinationen, aparte Farbmischungen zum Leben, blühende Tongebilde sprühen auf, stimulierende rhythmische Triebkraft bewegt und befeuert, von seiner jugendlichen und sprechenden Gestalt ausgehend, den willig folgenden umfangreichen Instrumentalkörper. Auch den kompliziertesten Stellen weiß er Durchsichtigkeit und Ausdruck zu geben, so daß die ganze Partitur in sinnfälliger Klarheit klangliche Gestalt gewinnt.

Wie bei unserm ausgezeichneten disziplinierten, auf die Intentionen des Dirigenten mit liebevollstem Verständnis eingehenden Landestheaterorchesters, fand Korngold auch bei den Darstellern bereitwilligste und verständnisvollste Unterstützung in der Verwirklichung seiner künstlerischen Absichten. Das gilt sowohl von Frau Trauma-Brüggemann, deren erste, lug abwägende, dabei aber doch von starker Innlichkeit getragene Gestaltung „Kunst im Verein mit ihrer hochentwickelten Gesangskultur sie zur Bewältigung der großen darstellerischen und gesanglichen Schwierigkeiten der Doppelrolle der toten Gattin und der fremden Tänzerin in besonderem Maße geeignet machen, wie von Herrn Fritz Scherer vom Staatstheater in Wiesbaden, der als Gast die Partie des Paul übernommen hatte, und der Mehrzahl der übrigen Mitwirkenden. Herr Scherer besitzt ein gründlich durch-

gebildetes, ausgiebiges und ausdrucksfähiges Organ, außerdem aber auch eine hervorragende darstellerische Intelligenz. Sein lebendiges, psychologisch aufs feinste durchdachtes, dabei von stärkstem feischen Mitleben erfülltes Spiel, in dessen Verlauf auch nicht eine einzige tote Stelle zu verzeichnen war, verleiht der an sich fast problematischen Gestalt ein ungeahntes Maß von Wahrheit. Mit einfachen, sympathischen Strichen zeichnete Herr Wehrauch die Gestalt des Freundes Frank und des Bierrot; sein Gesang war voll edelsten Wohlklangs und inniger Empfindung. Auch die übrigen Rollen hatten im allgemeinen zufriedenstellende Vertreter gefunden. Die vorzügliche Leitung Hans Bussards, die wunderbaren Bühnenbilder Emil Durfards und die von Frä. Schellenberg entworfenen, in der Farbenwirkung mit feinem künstlerischem Geschnitz abgetönten Kostüme halfen dem Eindruck der Aufführung erhöhen.

Korngold und die Hauptdarsteller wurden von dem enthusiastischen Hause lebhaft gefeiert. E. R. f.

Goethe-Abend.

Auch im Rahmen der Herbstwoche gaben zwei Mitglieder des Landestheaters Adele Creuznach und Robert Bürkner gestern im Eintratsaal einen Goethe-Abend, um so in dieser Woche den größten deutschen Dichter nicht nur als Dramatiker („Urfaust“ am Samstag), sondern auch in Lyrik und Prosa zu Wort kommen zu lassen. Mit der Rezitationskunst ist es im heutigen Deutschland nicht zum besten bestellt. Daher auch die ewigen Klagen über das Schauspiel, wenn ein Schiller oder ein Goethe gegeben wird. Wenn das Wort im Mittelpunkt steht, wenn die kristallklare Prosa Goethes oder der pathetische Jambus Schillers Träger der Gedanken und Empfindungen, dann versagt — im allgemeinen — der Schauspieler von heute. Uns ist die große Tradition verloren gegangen, wie sie etwa für die Franzosen in der „Comédie française“ lebendig geblieben ist. Wir haben gemeint, den Naturalismus des sozialen Dramas auch auf das klassische Drama übertragen zu müssen. Eine heillose Verwirrung war die Folge, eine entsetzliche Stillosigkeit. Nun muß sich die Kunst erst wieder ihr Erbe zurückerobern. Wir müssen wieder aufbauen, gleichsam von vorne anfangen. Und hierfür gilt: Im Anfang war das Wort. Ganz besonders aber gilt dieser Satz für den Rezitator. Das Wort, ganz für sich stehend, ohne den Schmutz der Bühne oder die Pracht des Kostüms, ohne den Zauber der Beleuchtung oder die Belebung durch Gesten und Mimik, ohne die Belebung durch Gesang oder begleitende Musik, das nackte Wort ist alles, was hier dem Künstler dargeboten wird. Hier muß seine Kunst der Deklamation die härteste Probe bestehen.

Keine Illusion hilft über tote Stellen hinweg, eine jede Unwahrscheinlichkeit im Ausdruck des Gefühls ist für den echt Empfindenden sofort erkennbar, jede oberflächliche Behandlung einer Stelle wird als Leere, als Infaßlosigkeit empfunden. Daher muß oberster Grundsat des Rezitators sein: Wahrheit. Die Wahl eines Gedichtes oder Prosastückes erfordert größte Gewissenhaftigkeit, peinlichste Prüfung. Das sprachliche Begreifens können allein genügt nicht, die Technik allein tut es nicht. Der Künstler muß, bis zu einem gewissen Grad wenigstens, die Gewissenhaftigkeit, identifizieren, ihn aufnehmen und als etwas Erlebtes reproduzieren kann.

Ich glaube nicht, daß die beiden Künstler von gestern abend diese Prüfung mit der nötigen Vorsicht vorgenommen haben. Vor allem war die Wahl der Prosastücke verfehlt, ganz davon abgesehen, daß der gedankenschwere Schiller-Brief, der als eine kritische Beleuchtung des Goetheischen Kunstschaffens an einleitender Stelle gut gemeint war, von Herrn Bürkner zu viel zu schnell gelesen wurde, so daß wertvolles unter dem Tisch fallen mußte. Zum Lob der beiden Künstler sei aber gesagt: sie haben Beide versucht, ganz und gar die Bühne zu vergessen. Sie sind in diesem Bezirken sogar viel zu weit gegangen, und ich glaube, daß diese erzwungene Beschränkung daran die Schuld trug, daß sie viel zu wenig aus sich herausgegangen sind. Sie mußten sich mit ganzer Inbrunst, ja mit Leidenschaft in ihren Goethe versetzen, wenn sie alle Stimmen, die aus ihm rufen, lebendig vernehmbar machen wollten. Das bescheidene Zurückstellen der eigenen Persönlichkeit durfte nicht zur Kühle werden, die Beschränkung im Mienenspiel und in der Gestensprache nicht zur Leblofigkeit. Sie haben auch deklamatorisch viel zu wenig Rezitator gezoogen und dadurch ihren Vortrag zu einer betrüblichen klanglichen Gleichförmigkeit gestempelt. Es sprühte kein Feuer auf, es zuckten keine Blitze, keine Leidenschaft flammte, und das Publikum wurde nicht warm. Schön gelangen Frä. Creuznach die wenigen Gedichte einer zarten Naturlyrik wie „An den Mond“. Das war harmonisches Verschmelzen mit den innigen Stimmungen der Dichtung, tiefes Einfühlen, Auflösen in Lyrik. Auch für kein bedeutenden Humor hat die Künstlerin ein glückliches Organ, wie sie mit dem Vortrag von „Wirkung in die Ferne“ und „Die wandelnde Glocke“ bewies. Herr Bürkner bleibt zu einseitig am Geistigen hängen und vergißt darüber, daß er Verse sprechen soll. Warum alles in die Diktion der Prosa auflösen wollen, wenn der Dichter sich als Ausdrucksmittel die Poesie gewählt hat? So empfing man von dem Abend den Gesamteindruck einer Verflachung, der zwar nur in wenigen Stücken gelang, der aber dennoch dankenswert zu begrüßen ist, da er unserm größten Dichter geweiht war und doch auch schon Anfänge betriet, die zu schöneren Hoffnungen berechtigen. Hugo Koller.

Hatt, der auch Vertreter des badischen Arbeitsministeriums, des Heimdienstes, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften sowie eine Reihe von Abgeordneten aus Württemberg und Baden anwesenden. Verbandsleiter Kaiser-Böll sprach dann über die Gewerkschaften als Organ der Volkswirtschaft.

Bei der Berichterstattung über die Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Süddeutschland, worüber Landessekretär Stöckert-Karlsruhe und Abgeordneter Bengler-Stuttgart sprachen, wurde mitgeteilt, daß die christlichen Gewerkschaften in Württemberg und Baden rund 100 000 Mitglieder zählen. Im ersten Halbjahre 1921 erzielten sie 13 000 neue Mitglieder. In der Hauptsache sei der Zuwachs auf Übertritte aus den sozialistischen Gewerkschaften zurückzuführen.

„Quertreibereien“

Zu dem in unserem vorgestrigen Leitartikel „Schwankungen“ besprochenen Artikel der „Bad. Presse“, der die Aufforderung enthielt, die „Deutsche Liberale Volkspartei“ zum Sammelbeden aller wirklich liberalen Elemente zu machen, nachdem das, was heute noch von der Deutschdemokratischen Partei besitze, innerlich vollkommen zerfallen sei, hat inzwischen auch das führende deutschdemokratische Organ Badens, die „Neue Badische Landeszeitung“, in einem bemerkenswerten Artikel Stellung genommen. Er trägt die Überschrift „Quertreibereien“ und besagt u. a. folgendes:

Wir halten es für eine Illusion, nicht einmal für eine nützliche, sondern vielmehr für eine gefährliche Illusion, zu glauben und daher zu eritreben, daß die sog. sozialistische und die sog. bürgerliche Welt sich einmal in zwei einzigen geschlossenen Heerhaufen gegenüberstehen werden und sollen. Das wäre der Bürgerkrieg. Und es war ein politisches Glück, daß in der Revolution neben dem Zentrum, das durch sein konfessionelles Band die verschiedenartigsten Schichten der Bevölkerung zu einem großen Teil zusammenhielt, die deutschdemokratische Partei entstand, deren Hauptziel war, durch Staatsgewinnung einen anderen Teil des Volkes zusammenzuschließen zu einer echten Volkspartei, die sich weder auf Arbeitnehmern, noch auf Arbeitgebern allein, weder auf Bürgerrecht noch auf Arbeiterrecht allein stützen wollte, sondern Ausgleich und Versöhnung zwischen den Klassen anstrebte. Die dem großen Gedanken sind damals viele gefolgt, die deutschdemokratische Partei wurde mitentscheidend für die kommende Entwicklung ihrer Gedanken sind es im wesentlichen, die in der Reichsversammlung und in anderen Gesehen niedergelegt sind. Aber der einsichtige und gesunde Politiker, auch im deutschdemokratischen Lager, hat schon damals gewußt, daß in der Not und — Angst der Revolution gar mancher der neuen Fühner der reinen Demokratie gefolgt war, der sie über kurz oder lang wieder verlassen würde. Denn als es an die Praxis ging mit dem demokratischen Gedanken, da padten gar manchen die Bedenken, weil auch von ihm Opfer verlangt wurden, und er schickte sich wieder in das Lager derjenigen, welche von Demokratie und Parlamentarismus nie etwas hatten wissen wollen. Deutsche (lib.) Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei waren die Sammelbeden aller derjenigen, welche aus Krieg und Revolution nichts hatten lernen wollen und können. Die ehrliche Mitarbeit an der Aufrichtung des neuen Staats und seiner Wirtschaft hat der deutschdemokratischen Partei die Feindschaft aller Leute eingetragen, welche zurück zum Alten wollten oder sich eingebildet hatten, ohne ihre eigenen Opfer werde der neue Staat fähig sein, das ganze Volk binnen kurzem aus der Not des Zusammenbruchs zu retten. . . .

Was nicht ausbleiben konnte, tritt nun natürlich wieder ein: Der Ruf nach Sammlung des „liberalen Bürgertums“ erschallt! Ja, wenn man nicht seine Erfahrungen gemacht hätte! War es denn ein Zufall oder Parteierblichkeit, daß es vor dem Krieg zwei größere Gruppen des nicht zum Zentrum neigenden Bürgertums gab. Ist es ein Zufall, daß sich daselbe Verhältnis jetzt wieder hergestellt hat? So wenig wie auf die Dauer die Arbeitnehmerschaft im weitesten Sinn, so wenig kann das sog. selbständige Bürgertum politisch eine gleichartige Klasse bilden, und es ist nur politische Dummheit, welche wünscht, daß es nur zwei große Parteien geben möge, die der Minderbemittelten und die der Besitzenden und von ihnen abhängigen. Man sucht jetzt vom Lager der Deutschen (lib.) Volkspartei aus die Wähler im Bürgertum mit dem Hinweis zu überführen, daß diese Partei ja in letzter Zeit so viel stärker geworden sei, daß sie sich ja nunmehr auf den Boden der Reichsversammlung stelle, die sie — wohlgerneht — nicht mitgemacht, sondern bekämpft hat, und daß die deutschdemokratische Partei überflüssig geworden sei. Man fühlt sich in jenem Lager so stark oder ermedt den Anschein danach, daß man von einer Verschmelzung der beiden Parteien gar nicht erst spricht, weil sie erheben nicht möglich, zweitens nicht mehr nötig sei, und erwartet, daß die Deutsche (lib.) Volkspartei das „Sammelbeden aller wirklich liberalen Elemente“ werde, wie es die „Badische Presse“ ausdrückt, die sich ebenfalls von der November-Demokratie zur Deutschliberalen zurückgekauert hat. Die Tendenz dieses Artikels ist offensichtlich, sie wird sogar ganz deutlich ausgesprochen. Es handelt sich darum, die deutschdemokratische Partei von innen her auszuhebeln. Die Gruppe von ihren Anhängern, die nach Meinung der „Badischen Presse“ ihr innerlich nicht mehr angehören, wird als so groß dargestellt, daß bei einer Scheidung der Wähler die deutschdemokratische Partei nur noch aus einem politischen „Sonderklub“ bestehen würde.

Es zeugt von ganz auffälliger Verkennung der Sachlage, und von der Absicht, Verwirrung zu stiften, wenn ein derartiges Kräfteverhältnis zwischen den ehrlichen Demokraten der Partei und „wirklich liberalen Elementen in ihr“, von denen die „Badische Presse“ spricht, angenommen wird, und wenn

neben Schiffer und Dietrich ausgerechnet auch noch der Parteivorstand Peterfen, der ehemalige Nationalsozialist und Freund Friedrich Naumanns, zu diesen angeblich „wirklich liberalen Elementen“ gezählt wird. Es ist geradezu lächerlich, zu behaupten, die „gesamte süddeutsche Demokratie“ habe Neigung, in der Deutschen (lib.) Volkspartei aufzugehen. Wir freuen uns über so manchen, ehemals im nationalliberalen Lager Stehenden der deutschdemokratischen Partei, welcher der Partei treu ist und bleiben wird und haben diejenigen, welche sehr rasch ihre Farbe wieder wechseln konnten, ohne Schmerz gehen sehen und würden es auch nicht tragisch nehmen, wenn noch andere Lust verspüren, denselben Weg zu wandeln, weil sie sich nicht als Demokraten fühlen. Wer der große Kern der Partei ist unangefastet geblieben, und diejenigen würden sich ganz gehörig irren und schwer verrechnen, welche etwa glauben möchten, daß ein irgendwie, auf die Gesamtheit der Partei gesehen, erheblicher Teil der deutschdemokratischen Partei umten werden wollte. Es könnte sogar leicht sein, daß bei einer Klärung alle Parteifreunde zur Demokratie sich zurückfinden und daß neue zu ihr stoßen, die die Verfolgung einer klaren demokratischen Linie in unserer deutschen Politik als eine absolute Notwendigkeit ansehen. . . .

Es wird eine Täuschung sein, wenn ewig unklare und schwankende Menschen den gegenwärtigen Zeitpunkt für gekommen erachten, um der deutschdemokratischen Partei das Totenglocklein zu läuten. . . .

Die Katastrophe von Oppau.

DZ. Ludwigshafen, 20. Sept. Die Zahl der Toten steigt weiter. Man muß schon jetzt mit 545 Toten rechnen.

Der Sachschaden, der in Worms durch die Explosion verursacht wurde, dürfte auf 2 1/2 Millionen Mark zu berechnen sein. In Mannheim sind 10 000 Schädensfälle bei den Versicherungen angemeldet.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrsperren.

Annahme von Eis- und Frachttariffen nach G m e r i c h Ort und Übergang ist bis auf weiteres verboten.

DZ. Ettlingen, 27. Sept. Der gefrige Kinderhilfsfest hatte auch pekuniär einen schönen Erfolg, so sind allein durch Eintrittsgeld 8000 Mark eingegangen.

SZ. Freiburg, 28. Sept. Gestern vormittag wurde vom Schwurgericht gegen den 31 Jahre alten verheirateten Holzhauser Albert Krombach wegen mehrfacher Sittlichkeitsverbrechen verhandelt. Auf Spaziergängerinnen im Nadelgebiet hatte er im vorigen Jahre unzüchtige Angriffe gerichtet. An einem 13jährigen Kind beging er ein Sittlichkeitsverbrechen. Er wurde zu 4 Jahren, 6 Monaten Gefängnis verurteilt, die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von 6 Jahren abgeprochen.

DZ. St. Georgen (Schwarzwald), 24. Sept. Am nächsten Mittwoch findet hier Bürgermeisterwahl statt. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde Landtagsabgeordneter Stadinger, Bürgermeister von Forstheim, als Kandidat aufgestellt. Die bürgerlichen Parteien stellen, wie es heißt, keinen Gegenkandidaten auf.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Herbstwoche.

Hauptversammlung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung

In diesen Tagen fand hier die Hauptversammlung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk statt, die unter sehr starker Beteiligung vor sich ging. Vor Beginn der Vorträge, die einen großen Teil des Dienstag in Anspruch nahmen und sich auch noch auf den Mittwoch erstreckten, begrüßte der Vorsitzende des Kuratoriums, Stadtrat Graf aus Mannheim, die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialdirektor Hüttenheim und Regierungsrat Dr. von Kühle aus Berlin, den Minister des Innern Remmele, den Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums, Oberregierungsrat Dr. von Buch, die Vertreter des württembergischen Landesgewerbeamts, Baurat Kleber und Dr. Goller, den Vertreter der badischen Regierung in Berlin, Ministerialrat Dr. Fests, ferner die Vertreter des badischen Finanz- und des Arbeitsministeriums, der Stadtverwaltung, des statistischen Landesamts, des Landesgewerbeamts, der Technischen Hochschule, der Handelshochschule Mannheim, des Staatstechnikums, die Vertreter verschiedener Handels- und Handwerkskammern, der Gewerkschaften und einen Vertreter des Technischen Instituts in Christiania.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialdirektor Hüttenheim, betonte in seinen Begrüßungsworten, daß es erfreulicherweise trotz der großen Finanznot des Reiches gelungen sei, eine Beihilfe für das Forschungsinstitut zu erwirken. Der Redner wandte sich gegen die Zentralisierungsbestrebungen und betonte die Notwendigkeit, daß auch in einzelnen Städten des Reiches Werke und Institute zu bestehen hätten, wo sie bodenständig sind.

Minister Remmele sprach im Namen der badischen Regierung und erklärte, wie notwendig gerade heute die Selbsthilfe sei, aus der allein wieder Kräfte für etwas Großes zu wecken der Lage geschaffen werden können. Diese Erkenntnis der Selbsthilfe setze sich immer mehr durch. Nicht wünschenswert sei es, daß alle Bildungsstätten und organisatorischen

Einrichtungen in Berlin konzentriert würden; dieser Gedanke greife auch bei den Berliner maßgebenden Stellen jetzt wieder mehr um sich. Für das Landesgewerbeamt sprach Geh. Rat Dr. Cron, der auf die angenehmen Beziehungen zwischen dem Landesgewerbeamt und dem Forschungsinstitut hinwies und hierbei besonders der Tätigkeit des Regierungsrats Bucerius anerkennend gedachte. Schließlich sprach Professor Dr. Astor als Vertreter der Technischen Hochschule, der auf das innige Zusammenarbeiten zwischen Handwerk und chemischer Forschung abhob.

An diese Begrüßungsvorträge schlossen sich die Vorträge. Zunächst sprach Regierungsrat Bucerius über das Thema „Der Handwerker als technischer Betriebsleiter“. Der Grundgedanke seiner Ausführungen war, daß auch das Handwerk mit möglichst geradem Aufwand möglichst große Leistungen vollbringen müsse, denn nur rationelle Arbeit gebe die Möglichkeit, aus den jetzigen Wirtschaftszuständen herauszukommen. Das Handwerk müsse sich bei seinem Betrieb vor jeder Zeitvergeudung hüten; um sie zu vermeiden, sei eine genaue Verteilung der Arbeit und eine gute Vor- und Ausbildung der Arbeiter nötig.

Den zweiten Vortrag über „Der Handwerker als kaufmännischer Betriebsleiter“ hielt Dipl. rer. merc. Köhle, der die Notwendigkeit einer genaueren Buchführung im Handwerk darlegte. Die Wichtigkeit des Rechnungswesens werde leider von sehr vielen Handwerkern noch immer nicht erkannt. 90 Prozent der Handwerker hätten auch heute noch eine sehr ungeliebte Buchführung. Der Redner forderte, daß Lehrlinge und Gesellen auch während ihrer Praxis vom Meister zum Rechnungswesen herangezogen würden. Nur wenn der Handwerker zu rechnen verheie, werde er schlagfertig sein. — Die übrigen Vorträge bewegten sich auf mehr oder weniger technischen Gebieten.

Gerade noch zur rechten Zeit — zu Anfang der diesjährigen Herbstwoche — ist das Heft „Karlsruhe“ der Kunstzeitschrift „Das Feuer“ (Feuer-Verlag Weimar) herausgekommen, das mit Unterstützung der Stadtverwaltung Karlsruhe und des hiesigen Verkehrsvereins als Herbst-Wochen-Nummer ausgestaltet ist. Es enthält Aufsätze aus berufener Feder über die Karlsruher Kunst, so von Professor Dr. Stork über die Bad. Kunsthalle, von Otto Homburger über das Badische Landesmuseum im Schloß, von Hans Richard über die Majolika-Manufaktur, von Hermann Eich über „Friedrich Weinbrenner und die Stadt Karlsruhe“, von Dr. W. Oeftering über „Badische Dichtung“, von Dr. S. Curjel über „Kunstentwicklung in Karlsruhe“ u. a. m., darunter auch einen Aufsatz des Verkehrsvereins über Karlsruhe und die Karlsruher Herbstwoche. Das Heft ist zudem in musterwürdiger Weise bildlich und buchtechnisch ausgestattet, so daß es allen Anforderungen gerecht werden dürfte. Preis 12 M. Zu haben beim Verkehrsverein, Kaiserstr. 158, und in den während der Herbstwoche hier stattfindenden Ausstellungen.

Landestheater. Aus der Kanzlei des Landestheaters wird uns geschrieben: Weit über die Mauern Karlsruhes hinaus zeigt sich das Interesse musikalischer Kreise für die am Sonntag den 2. Oktober stattfindende Aufführung von Mozarts Jugendoper „Die verstellte Einfalt“ (La finta semplice). Zu dieser Vorstellung sind aus allen Teilen Deutschlands Bühnenleiter, Kapellmeister, Kritiker und sonstige Fachleute angewandert, um Zeuge dieses musikalischen Ereignisses zu sein. Es ist ein Verdienst des bekannten hiesigen Musikdirektors Anton Rudolph, dem Werk eine neue textliche Unterlage geschaffen zu haben, die seine nunmehrige Erkaufführung ermöglicht. Die Oper wird von dem Intendanten Robert Wolfner inszeniert und vom Operndirektor Cortolozis musikalisch geleitet. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen von Ernst, Adélaide, Stecher und Genter, sowie die Herren Giesen, Wulfard, Graf und Schwardt. Die neuen Bühnenbilder sind von Emil Burckard entworfen, die Kostüme von Margarete Schellenberg.

Verschiedenes.

* Engelbert Humperdinck †. Der bekannte Komponist Professor Engelbert Humperdinck ist in Neu-Strelitz an den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 67 Jahren gestorben. — Humperdinck ist am 1. September 1854 in Siegburg im Rheinland als Sohn des Seminardirektors und Schriftstellers Gustav Humperdinck geboren. Seine bekanntesten Bühnenwerke sind seine auch in Karlsruhe viel gespielten Märchenoper „Hänsel und Gretel“ und „Die Königskinder“. Der Verstorbene war ein intimer Freund des Hauses Bahfried und hat bei den Vorbereitungen zu der ersten Aufführung des „Faschival“ in Wahrenth mitgewirkt.

* Eugen Dühring †. Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Philosoph Eugen Dühring am 2. September in seiner Wohnung in Nowades bei Potsdam gestorben. Dühring war seit 7 Jahren blind.

Staatsanzeiger.

Im Benehmen mit dem Ministerium des Innern habe ich den Herrn Landeskommissar von Mannheim zum Staatskommissar für die Regulierung der durch das Oppauer Explosionsunglück verursachten Sach- und Personenschäden ernannt. Karlsruhe, den 22. September 1921.

Der Arbeitsminister.
Engler. Fuchs.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Abhaltung von Tanzbelustigungen betr. Wir haben festgestellt, daß hier zahlreiche Vereinigungen und Gesellschaften gegründet worden sind, deren Zweck allein darin besteht, Tanzbelustigungen zu veranstalten, um hierbei durch Erhebung hoher Eintrittsgelder Geld zu verdienen.

Um diesen Auswüchsen vorzubeugen, werden wir vom 1. Oktober ds. J. ab derartigen Gesellschaften nur noch einmal monatlich eine Tanzveranstaltung gestatten, da wir deren Tanzergnügen als öffentliche Tanzbelustigung im Sinne des § 60 Pol.-Str.-Gef.-B. ansehen. 3.159

Karlsruhe, 23. September 1921.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. 3.142

Badisches Landestheater.

Samstag, 1. Oktober. 7 1/2—10 Uhr. Mk. 12.—
(Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 901—1000.)

Der Urfaust.

Hoher Feiertage

wegen bleibt mein Geschäft am

Montag, den 3. u. Dienstag, den 4. Oktober

geschlossen

S. Rosenbusch

Spezialhaus für Damenhüte

Kaiserstraße 137

Am Marktplatz

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.162. Donaueschingen.

In dem Konkurs über das Vermögen des Dip.-Ingenieurs Eugen Mayer, Donaueschingen, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, 11. Okt. 1921,

vormittags 11 Uhr.

Donaueschingen,

den 22. September 1921.

Geschäftsführer des

Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen

Badisch-Pfälzischer

Gütertarif.

Auf 1. November 1921

wird der Frachttarif des Aus-

nahmetarifs 4 d für rohe

Gipssteine von Redarzim-

ern nach Ludwigshafen

(Rhein) um 30 v. S. er-

höht. Näheres in unserem

Tarifanzeiger. 3.175

Karlsruhe, 20. Sept. 1921.

Eisenbahn-General-

direktion.

Badisch-Würtbg.

Badisch-Pfälz. und

Württemberg.-Pfälz.

Güterverkehr.

Auf 1. November 1921

werden die Frachttarife des

Ausnahmetarifs 3b für

Steinfalz um 30 v. S. er-

höht. Näheres in den Tar-

ifanzeigern. 3.176

Karlsruhe, 20. Sept. 1921.

Eisenbahn-General-

direktion.

KARLSRUHER-HERBSTWOCHE

23. SEPTEMBER - 3. OKTOBER 1921

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

MONINGER-BIER

Erstklassige Qualitäts-Möbel

Möbel-Ausstellung

der Firma

Holz-Gutmann

Streng reelle Bedienung

109 Kaiserstraße 109

Leder-Möbel-Fabrik

A. Kiemle, Karlsruhe i. B.
Sommerstrasse 30a
empfiehlt




Klub-Fauteuils und Sofas
sowie alle Arten Polstermöbel
In sämtlichen Leder- u. Stoffarten
Schreibtische u. Speisezimmer-
stühle. Gegründet 1906.

Spezialhaus für elegante Herren- und Jünglings-Kleidung

Sehr große Auswahl in Anzügen, Regenmänteln, Raglans u. Schlüpfen



Spezial-Abteilung für erstklassige Maß-Anfertigung

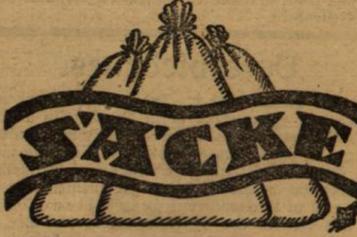
Adolf Stein Nachf. Inhaber: J. Weiss
Kaiserstraße 233 Erste Etage Ecke Hirschstraße
Telephon 1860

Elektrische Licht- und Kraftanlagen

zu ermäßigten Preisen

Georg Hanstein & Cie.
Karlsruhe i. B. Augartenstrasse 6
Fernsprecher Nr. 356.

SACKFABRIK



SÄCKE

NEU UND GEBRAUCHT

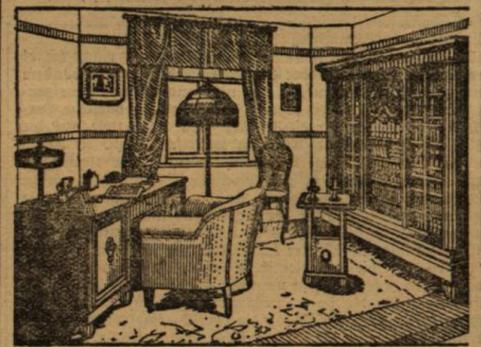
ALFRED JUST
KARLSRUHE OST
SOMMERSTR. 30 + FERNSPR. 268

PROGRAMM

Samstag, 1. Oktober.
Verkehrverein, Promenadekonzert, Ludwigsplatz, 4 $\frac{1}{2}$ -5 Uhr nachmittags.
Bad. Landestheater, „Urfaust“ von Goethe, 7 $\frac{1}{2}$ bis gegen 10 Uhr abends.

Sonntag, 2. Oktober.
Rasensportverband, Ligaspiel des Karlsruher Fußballvereins gegen den I. Fußballklub Pforzheim, Spielplatz des K.F.V. an der Hardtstraße. 3 $\frac{1}{2}$ -5 Uhr nachmittags.
Konzert des Musikvereins Karlsruhe, Stadtpark, 4-7 Uhr nachm., bei schlechtem Wetter in der Festhalle.

Ausstellungen:
Badische Möbelschau, Städtische Ausstellungshalle, 10-6 Uhr, Mk. 2.50
Schaufenster-Dekoration, die Läden der Stadt.
Badisches Landesmuseum, ehemaliges Schloß, 11-1, 3-5 Mk. 1.-, 9-11, 2-3 Mk. 5.-
Badische Kunsthalle, Hans Thomastraße 2, 11-1, 3-5 Mk. 2.-, 9-11, 2-3 Mk. 5.-
Juryfreie Kunstausstellung Karlsruher Künstler, Waldstr. 3, 11-1, 2-4 Mk. 2.-
Graphik-Ausstellung Karlsruher Künstler, Galerie Moos, 11-1, 2-4 Mk. 1.-
Gewerbliche Ausstellung in der Landesgewerbehalle Karlsruherstr. 17, 24. Sept. 9-12, 2-4.
Blumen- und Obstschau, Stadtpark, 25. September bis 2. Oktober, 9-5.



Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Einzel-Möbel Qualitäts-Möbel

M. TANNENBAUM
Karlsruhe Adlerstrasse 13

FR. RIFFEL, Karlsruhe i. B.

Waldstrasse 40a (Ludwigsplatz)




Korbwaren
Kinderwagen

SPEZIALITÄT:
Moderne
Peddigröhr-Möbel.

EIGENE FABRIKATE.

NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR

Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur u. Kunsthandwerk, mit Schnittmusterbogen. — 17. Jahrgang



Jährlich 6 Hefte 30.- M., Halbjährlich 15.- M., Einzelheft 6.- M.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14.

Franz Zink

Kaiserstr. 162 Telephon 2943



bei der Hauptpost.

Hauptniederlage seit 1883

EDUARD VEHSE Süddeutsche Fürstenhöfe

Herausgegeben von Gustav Mayer

I. Band: Der bayerische Hof, / II. Band: Der württembergische und badische Hof, / III. Band: Der hessische Hof mit dem Hofe Hessen-Kass., den Nebenlinien Rothenburg, Phillipsthal-Barchfeld und dem Hofe von Homburg. :-
Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30 M. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande, Halbpergament, je 100 Mark.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14.

Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib

von
Dr. M. Vaerting
I. Band

Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14.